



IRENE DINGELDEY/ANDRÉ
HOLTRUP/GÜNTER WARSEWA
(HRSG.):
WANDEL DER GOVERNANCE
DER ERWERBSARBEIT

Springer,
Wiesbaden 2015

ISBN 978-3658012373,
372 Seiten, 39,99 €



HANS-JÜRGEN BIELING/
DANIEL BUHR (HRSG.):
EUROPÄISCHE WELTEN IN
DER KRISE. ARBEITSBEZIE-
HUNGEN UND WOHLFAHRTS-
STAATEN IM VERGLEICH

Campus,
Frankfurt a. M. 2015

ISBN 978-3593502762,
354 Seiten, 29,90 €

Interessante Sammelbände beruhen nicht auf dem *Ein*-sammeln, sondern dem *Versammeln* von Beiträgen, entstanden in einem durch die Herausgeber/innen organisierten und von einer übergeordneten Fragestellung geleiteten Arbeitsprozess. Dieses Prädikat gebührt zwei kürzlich erschienenen Büchern, die von der Unterstützung durch die Hans-Böckler-Stiftung profitiert haben: in einem Fall mittels eines Workshops mit den Autorinnen und Autoren, im anderen Fall durch die Vergabe einer Gruppe von Promotionsstipendien zu einem gemeinsamen Themenschwerpunkt.

Im Zentrum beider Bücher steht der Versuch, Reichweite und Tiefe der Umbrüche in der gesellschaftlichen Organisation der Erwerbsarbeit auszuleuchten. In dem von Dingeldey, Holtrup und Warsewa herausgegebenen Band geschieht dies mit Hilfe von informativen Einzelstudien zu wichtigen Merkmalen dieses Wandels in Deutschland — unter anderem am Beispiel des Geschlechtermodells, der veränderten Rolle von Individuen im Arbeitsprozess, der Berufsbildung, der industriellen Beziehungen, sowie (unter verschiedenen Blickwinkeln) der Lohnungleichheit und anderer Segregationsprozesse. Das Interesse der Herausgeber/innen konzentriert sich dabei sowohl auf übergreifende Muster des Wandels und mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Teilbereichen der „Governance“ von Erwerbsarbeit als auch — und dies ist nicht selbstverständlich — auf die sozialen Folgen dieser Veränderungen.

Der von Bieling und Buhr herausgegebene Band stellt demgegenüber den Wandel des deutschen Beschäftigungsmodells in den Kontext der Umbrüche in Europa. Wie tief greifend sind die in der sozialwissenschaftlichen Literatur häufig als „Prozess der Liberalisierung“ umschriebenen Veränderungen der Erwerbssysteme, die in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgesetzt wurden, und welche Beschleunigung hat dieser Prozess unter dem Einfluss der andauernden Krise der Europäischen Währungsunion im Zuge der in den letzten Jahren etablierten „neuen wirtschaftspolitischen Steuerung und Überwachung“ auf EU-Ebene erfahren? Elf Länderstudien gehen diesen Fragen in – nach gemeinsamem Muster – gut strukturierter Art und Weise nach.

Beide Bände sind eine Fundgrube für alle, die sich für zentrale Aspekte der Veränderungen im deutschen Erwerbssystem oder für die aktuellen Umbrüche in den Beschäftigungsmodellen verschiedener EU-Länder interessieren. Auf einzelne Kapitel kann hier nicht eingegangen werden. Ich möchte lediglich auf einige mir besonders interessant erscheinende Schnittstellen aufmerksam machen. Die Herausgeber- und -innen beider Bücher beleuchten die Strukturen des Wandels der gesellschaftlichen Organisation von Erwerbsarbeit: Sind radikale Brüche zu beobachten oder dominieren schrittweise Veränderungen? So zeigt der europäische Vergleich von Bieling und Buhr, dass in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern „das marktradikale Paradigma [...] autoritär implementiert“ wird, während in anderen Ländern „das bisherige kapitalistische Entwicklungsmodell im

Kern fortgeschrieben“ wird (S. 346), wenn auch in den meisten Fällen mit einer deutlichen, weiteren Akzentverschiebung in Richtung der vorherrschenden Austeritäts- und Deregulierungsdogmen. In der Tendenz ähnlich interpretieren Dingeldey et al. die Struktur des Wandels im deutschen Beschäftigungsmodell als einen Prozess der „Überlagerung“ bestehender Institutionen durch der Form nach ergänzende Instrumente (wie z. B. der Einführung des ALG II), dessen soziale Folgen jedoch tief greifend sind. Sie beobachten eine „bipolare Heterogenisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ (S. 351 f.), in der jenseits der durch die noch erhalten gebliebenen Institutionen des deutschen Modells unterstützten „Normalarbeitsverhältnisse, Normalfamilien und Normalbiografien“ eine Polarisierung zwischen Privilegierten einerseits und größer werdenden Gruppen von Prekarisierten andererseits an Bedeutung gewinnt. Diese zentrifugalen Tendenzen innerhalb des deutschen Erwerbssystems veranlassen sie zu dem Plädoyer für neuartige Wege der Regulierung, die insbesondere eine „begrenzte Rückkehr des Staates“ einschließen müsse, weil nur so die Probleme zu lösen seien, „die durch die schwindende soziale Wirksamkeit der Tarifautonomie entstanden sind“ (S. 354 f.).

Dass die sich in individuellen Erwerbsbiografien auf unterschiedlichste Weise vollziehende Ausbreitung von Unsicherheit und Prekarität im deutschen Erwerbssystem dramatische Außenwirkungen in Europa hat, führt der Band von Bieling und Buhr eindrucksvoll vor Augen. Die in Deutschland durchgesetzten „Arbeitsmarktreformen“ haben vor der Krise maßgeblich zur Entstehung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone beigetragen, und seit Beginn der Krise dienen sie der Legitimation eines die Krise und die sozialen Probleme vertiefenden Regimes der Austerität und des Abbaus von Arbeits- und Beschäftigungsstandards in einer Reihe europäischer Länder. Die Länderstudien vermitteln das ernüchternde Bild, dass diese, angeblich Erfolge zeitigende Politik nichts an der schwachen Wertschöpfungsbasis etlicher EU-Länder ändert und die strategische Erschließung neuer Wertschöpfungspotenziale sogar erschwert.

Wer beide Bücher im Zusammenhang liest, der oder dem springt ins Auge, welche massive Bedeutung die Binnenveränderungen des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im europäischen Kontext gewonnen haben. Die „Solidarität im langfristigen Eigeninteresse“ gegenüber den „sozial Ausgegrenzten“, für die Mückenberger im Buch von Dingeldey et al. wirbt, bietet sich deshalb ebenso als Leitbild an für eine anzustrebende Einstellung der Menschen in Deutschland gegenüber denen in den Ländern der europäischen Peripherie.

Bei beiden Büchern hätte ich mir noch mehr Mut zur Überwindung der in den kritischen Sozialwissenschaften — anders als beim wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream — verbreiteten akademischen Scheu vor politisch zugespitzten und zur Kontroverse einladenden Schlussfolgerungen gewünscht. Aber das ist Geschmackssache. ■

STEFFEN LEHNDORFF, Köln